

EINLEITUNG: DEMOKRATIETHEORIE UND STAATSKRITIK AUS FRANKREICH. NEUERE DISKURSE UND PERSPEKTIVEN¹

Franziska Martinsen/Oliver Flügel-Martinsen

Der Titel des vorliegenden Bandes umreißt stichwortartig einerseits bereits dasjenige, worum es in diesem Buch gehen wird, und verweist andererseits zugleich auch auf eine systematische Schwierigkeit. Der erste Teil des Titels – *Demokratiethorie und Staatskritik* – besagt zunächst, dass die in diesem Sammelband behandelten Positionen sich dem Thema des Staates in erster Linie kritisch annähern und dass eine (kritische) Theorie der Demokratie dabei eine wichtige Rolle spielt. Der damit gegebene Hinweis darf allerdings nicht zu der Annahme verleiten, alle hier dargestellten Annäherungen seien fulminante Staatskritiken und ausnahmslos radikale Demokratiethorien. Wie sich im Einzelnen zeigt, loten die Autor_innen die Grenzen von Staatlichkeit und Demokratie zwar durchaus aus, doch geht es meistens eher um eine Erweiterung oder Korrektur des Staats- und Demokratiebegriffs; hier und da mögen sich zwar Versuche der Überwindung bestimmter als problematisch erachteter Aspekte demokratischer Praxen finden. Doch trachtet die Mehrheit der hier versammelten Autor_innen nicht danach, das Konzept des Staates oder der Demokratie gänzlich zu verwerfen. Ebenfalls soll der Eindruck vermieden werden, es handle sich gar um eine gemeinsame Strömung der Staatskritik und Demokratiethorie. Hierzu sind die vertretenen Ansätze zu heterogen, verfolgen die Autor_innen zu unterschiedliche Absichten und Zielsetzungen mit ihrer jeweiligen Kritik. Mit der Bezeichnung Demokratiethorie und Staatskritik soll nicht mehr gesagt werden, als dass die verschiedenen Ansätze in einem weiten Sinne als kritische Formen der politischen Philosophie zu verstehen sind und dass dies, wengleich in unterschiedlichem Maße und verschieden starker Ausprägung, für alle behandelten Positionen gleichermaßen geltend gemacht werden kann.

Der zweite Teil des Titels – *aus Frankreich* – mag zunächst, indem er lediglich einen Landesbezug herstellt, vage und wenig systematisch klingen. In dieser durchaus zutreffenden Beobachtung spiegelt sich eine Entscheidung, die in der Tat auf eine systematische Schwierigkeit zurückgeht: Ein großer Teil der französischsprachigen politischen Philosophie ist in den vergangenen Dekaden sowohl im anglo-amerikanischen als auch im deutschsprachigen Diskurs unter der Rubrik des Poststrukturalismus verhandelt worden. Die Bezeichnung hat, wengleich in

1 Wir danken Nadja Körner für die Formatierung des Gesamtmanuskripts sowie Madeleine Myatt für die Übersetzung der beiden Beiträge von Wim Weymans.

Frankreich selbst eher als Re-Import und nicht originär verwendet,² zwar eine gewisse Berechtigung, sie führt aber zu Verzerrungen und Ausblendungen, die im vorliegenden Sammelband vermieden werden sollen: Problematisch ist vor allem, dass sie den Eindruck nahe legt, es handle sich bei den unterschiedlichen Ansätzen um eine poststrukturalistische Schule. Das ist aber nicht der Fall. Viele der Positionen grenzen sich voneinander ab, stehen in Konkurrenz zu einander und basieren auf ganz unterschiedlichen Annahmen. Zudem sind für einige der Ansätze, die diesem Feld mehr oder weniger deutlich – zuweilen wohl auch eher aus systematischer Verlegenheit – zugeordnet werden, ganz andere Denktraditionen und Deutungskontroversen als die Abgrenzung vom Strukturalismus wichtig, die durch die übergreifende Bezeichnung als Poststrukturalismus ausgeblendet werden. Das zu betrachtende Feld wird also reichhaltiger, wenn das Label Poststrukturalismus, zumindest als übergreifende Einordnung, vermieden wird. Zugleich wird das Untersuchungsfeld aber auch erheblich eingeschränkt, indem wir von Demokratietheorie und Staatskritik *aus Frankreich* sprechen. Würde im Titel des Buches nämlich ein Hinweis auf eine poststrukturalistische politische Philosophie gegeben, wäre es unumgänglich, die Zahl der zu behandelnden Positionen um zahlreiche aus dem anglo-amerikanischen Diskurs, aber auch aus anderen Diskursen zu erweitern.

Wir haben uns bei der Auswahl der Positionen, die Gegenstand des Bandes sein sollen, also für diese beiden Einschränkungen entschieden: Es werden ausschließlich Ansätze der französischen politischen Philosophie behandelt und unter ihnen wiederum vor allem jene, für die Staatskritik und/oder Demokratietheorie eine wichtige Rolle spielen. Natürlich gibt es dabei zahlreiche Nähen zu jenem Feld der politischen Philosophie, das seit geraumer Zeit mit der Bezeichnung des Poststrukturalismus versehen wird. Aber es sollen daneben auch eine ganze Reihe anderer Ansätze zur Sprache kommen. Dabei benennen wir mit dem Verweis im Titel auf die *Neueren Diskurse und Perspektiven* ein weiteres Auswahlkriterium, das wir in einer bestimmten Hinsicht verstehen: Mit *neueren Diskursen* meinen wir Positionen, die in den letzten Jahrzehnten verfasst wurden. Wichtige Autoren, deren Denken zweifelsohne aktuell in dem Sinne ist, dass es derzeit weithin Beachtung findet, wie es am deutlichsten wohl bei Michel Foucault³ der Fall ist, haben wir hingegen nicht behandelt. Ebenso wurden Louis Althusser⁴, Gilles Deleuze⁵, Pierre Clastres⁶ oder Cornelius Castoriadis⁷ nicht berücksichtigt, auch wenn deren Lebensdaten nicht weit vor denen der hier dargestellten Theoretiker_innen liegen. Im Falle Foucaults etwa tritt der Umstand hinzu, dass sein politisches

2 Vgl. Angermüller 2007, Kap. 1.1.

3 Daran, dass Foucault nicht nur hier und da, sondern umfänglich über Fragen der politischen Theorie nachgedacht hat, dürfte spätestens seit dem posthumen Erscheinen seiner beiden Vorlesungszyklen zur *Geschichte der Gouvernementalität* kein Zweifel mehr bestehen; vgl. Foucault 2004.

4 Vgl. bspw. Althusser 1977.

5 Vgl. bspw. Deleuze 1990, Abschnitt V.

6 Grundlegend ist hier Clastres staats skeptische politische Anthropologie; vgl. Clastres 2011.

7 Vgl. grundlegend: Castoriadis 1990.

Denken in den vergangenen Jahren bereits Gegenstand zahlreicher Veröffentlichungen auch im deutschsprachigen Raum war,⁸ die für etliche der im vorliegenden Band behandelten Autor_innen erst noch aussteht. *Neuere Diskurse und Perspektiven* soll jedoch nicht als Gegenwartsversessenheit mißverstanden werden. Einige der behandelten Autoren, Jacques Derrida, Jean Baudrillard und Philippe Lacoue-Labarthe, sind in jüngerer Zeit verstorben, aber ihre Überlegungen sind nach unserem Dafürhalten dennoch gegenwärtigen Diskurslinien zugehörig, weshalb sie hier in entsprechenden Kapiteln behandelt werden. Zudem war es uns ein wichtiges Anliegen, auch Autor_innen zu behandeln, die im deutschen Sprachraum nicht oder noch nicht stark berücksichtigt werden. Schriften von Catherine Colliot-Thélène, Pierre Rosanvallon oder Alain Brossat beispielsweise liegen zwar mittlerweile zum Teil auch auf Deutsch vor, werden jedoch bislang noch nicht nachhaltig rezipiert. Mit dem im Untertitel verwendeten Plural *Diskurse und Perspektiven* unterstreichen wir zudem, obwohl es bestimmte Verbindungslinien zwischen den meisten der hier verhandelten Positionen gibt, den vielfältigen und zum Teil auch stark disparaten Charakter der einzelnen Überlegungen.

Wir haben den Band in vier größere thematische Abschnitte untergliedert, die allerdings großzügig zu lesen sind: Sie geben bestimmte inhaltliche Richtungslinien und Orientierungspunkte. Die unter ihrer jeweiligen Rubrik zusammengefassten Positionen sind aber weder als jeweils *ein* distinkter oder kohärenter Diskurs zu verstehen noch soll damit eine strikte Trennung von in anderen Abschnitten gruppierten Positionen suggeriert werden. Denn erstens wird das abschnittsweise aufgerufene Thema zum Teil höchst unterschiedlich aufgegriffen, es kommt also, wie wir gleich noch kurz skizzieren werden, durchaus zu abschnittsinternen Spannungen. Und zweitens gibt es sicherlich auch Verbindungslinien zwischen Positionen, die wir in unterschiedlichen Abschnitten angeordnet haben. Die vier Abschnitte geben also lediglich gewisse thematische Hinweise – nicht mehr und nicht weniger. Vor allem aber geben sie uns die Möglichkeit, diskursive *topoi* hervorzuheben, an denen sich wichtige Züge dieser neueren Diskurse über Staatskritik und Demokratiethorie herausstellen lassen.

Eröffnet wird der vorliegende Band durch eine Frage, die die politische Philosophie, aber auch die Politik- und Sozialwissenschaften in einem weiteren Sinne seit geraumer Zeit und in den letzten beiden Dekaden im Zuge von Denationalisierungs- und Globalisierungsprozessen verstärkt beschäftigt. *Die Frage des Volkes* ist so in gewisser Weise eine Grundfrage zeitgenössischen politischen Denkens. Sie wird allerdings von den drei Autor_innen, die unter dieser Fragestellung diskutiert werden, jeweils auf eine Weise aufgenommen, die in unterschiedlichen Hinsichten quer zu den gängigen Thematisierungsformen liegt.

8 Neben einer Vielzahl von Monographien und Sammelbänden zu den unterschiedlichsten Aspekten von Foucaults Denken liegen mittlerweile sogar Handbücher und Lexika zu Foucault vor. Eine Textgattung, die dazu tendiert, einen Autor in den Bereich der Klassiker_innen zu verschieben. Vgl. *Kammler et al.* 2014 und *Ruoff* 2013.

Jochen Schwenk zeigt in seinem Aufsatz zu *Étienne Balibar*, wie in dessen politischem Denken die beiden Dimensionen der Staatskritik und der Demokratietheorie eine innige Verbindung insofern eingehen, als Balibar die nationalistischen und damit auch xenophoben und rassistischen Dimensionen ausleuchtet, die der nationalstaatlichen Organisation von Demokratie unvermeidlich innewohnen. Gleichzeitig gehen aber Nationalstaat und Demokratie konzeptionell keineswegs gleichsam kongruent ineinander auf, sondern die Demokratie umfasst immer auch eine subversive Weise, die Frage des Volkes zu stellen, die Auf- und Widerstände gegen etablierte politische Institutionen und ihre Regelwerke umfasst. Mit Balibars emphatischen Diktum: „*Die demokratische Staatsbürgerschaft ist also konfliktgeladen oder sie ist nicht*“⁹ ist ein wesentlicher Zug herausgestellt, der zahlreiche der Positionen kennzeichnet, die im vorliegenden Band diskutiert werden. Die entscheidende Frage ist dabei nicht, wie vielfach in der normativen politischen Philosophie und der Politikwissenschaft üblich, wie sich ein angemessenes institutionelles Modell von Demokratie beschreiben und begründen ließe, sondern vielmehr auf welche Weise und in welchem Umfang Demokratie die Dimension einer radikalen, widerständigen, ja unter bestimmten Umständen aufständischen Haltung gegenüber staatlichen Institutionen umfasst.

Stefan Apostolou-Hölscher arbeitet dabei in seiner Auseinandersetzung mit dem bislang in Deutschland noch recht wenig bekannten französischen Philosophen *Alain Brossat* heraus, dass in der Form der Plebs diejenige Dimension des Volkes ein besonderes Gewicht hat, die die politische Philosophie seit Platon auf großen Abstand zum Volk hat gehen lassen: Die Plebs verkörpert nämlich jene unbändige, Machtverhältnisse kontestierende Dimension einer Gegenmacht, die der Mainstream der politischen Philosophie, wie sich wohl ohne Übertreibung sagen lässt, von der Antike bis in die Gegenwart stillzustellen versucht hat.

Catherine Colliot-Thélène hingegen sieht die Rolle des Volkes für die Theorie der Demokratie generell als überbewertet an. Sie geht soweit zu argumentieren, dass die herkömmliche Konzeption der Demokratie als Volkssouveränität den heutigen politischen Herausforderungen wie Globalisierung und weltweiten, nationalstaatliche Grenzen überschreitenden Kämpfen um Rechte nicht mehr angemessen ist. *Franziska Martinsen* rekonstruiert Colliot-Thélènes Skepsis gegenüber der insbesondere im französischen Diskurs traditionell hochgehaltenen Idee der Souveränität des Volkes und diskutiert ihren Alternativvorschlag einer ‚Demokratie ohne Volk‘. Dieser programmatische Gegenentwurf einer ‚Demokratie ohne Demos‘ ist vor allem zu verstehen als Antwort auf eine für die politische Philosophie insgesamt zentrale Frage: Es ist die Frage nach der spezifischen ‚Figur des politischen Subjekts, das der Demokratie in ihrer modernen Bedeutung entspricht.“¹⁰ Colliot-Thélène verortet das demokratische Subjekt in der Bewegung der Öffnung und der Inklusion statt in einem begrenzten demos. Demokratie erschöpft sich ihrer Ansicht nicht in den Mehrheitsentscheidungen einer qua Staatsbürgerschaft definierten Menge an Mitgliedern einer Nation, sondern wird viel-

9 *Balibar* 2012, S. 236 (Herv. i.O.).

10 *Colliot-Thélène* 2011, S. 9.

mehr im (globalen) Kampf von subjektiven Rechtsträger_innen um Gleichberechtigung überhaupt erst möglich.

Der zweite, mit *Staat und Subversion* übertitelte Abschnitt führt die im ersten Abschnitt angesprochenen Aspekte weiter. *Jacques Rancière*s Denken nimmt, wie der Beitrag von *Oliver Flügel-Martinsen* argumentiert, die Frage nach dem Volk auf eine spezifische Weise auf, indem Rancière seinerseits die Frage nach der Zählung derjenigen, denen ein Anteil in der bestehenden institutionellen Ordnung zukommt, radikal stellt. Demokratie ist für ihn der Name einer grundlegenden und vielfach subversiven Befragung bestehender institutioneller Ordnungen. Dabei geht es Rancière allerdings keineswegs darum, eine Demokratie jenseits des Staates zu denken: Seine Demokratie subvertiert eine bestehende Ordnung, um sich in eine andere einzuschreiben, sie plädiert aber nicht für eine grundsätzliche Aufhebung des Staates.

Diese Radikalisierung findet sich aber, wie *Emanuel Richter* demonstriert, im politischen Denken *Miguel Abensours*, dessen politische Philosophie sich wesentlich als Staatskritik verstehen lässt. Bei Abensour wird die Demokratie konzeptionell gegen den Staat ausgerichtet und damit bezieht er, wie Richter herausstellt, eine gewisse Sonderstellung auch innerhalb des radikaldemokratischen französischen Diskurses, in dem zwar, wie sich bereits angedeutet hat, subversive Dimensionen häufig eine zentrale Rolle spielen. Anders als bei Balibar oder Rancière scheint Abensour aber einen veritablen Anarchismus vorzuschlagen, der emanzipatorische Perspektiven jenseits des Staates verortet.

Steht Abensour so für die Anarchie, kann *Alain Badiou*, wie es *Andreas Hetzl* nachdrücklich vorschlägt, ebenfalls Anspruch auf eine heute nurmehr selten behauptete Sonderstellung erheben, indem sich seine politische Philosophie in bestimmten Hinsichten *expressis verbis* als kommunistisch verstehen lässt. Badiou's Überlegungen zehren dabei einerseits von einer fundamentalen Delegitimierung der institutionalisierten, repräsentativen Demokratie, die er pejorativ als Kapitalo-Parlamentarismus bezeichnet. Andererseits setzen seine eigenen Vorschläge auf ein Denken des Wahrheitsereignisses, das die politische Philosophie mit metaphysischen Ansprüchen auflädt. Die revolutionäre Perspektive, für die Badiou letztlich votiert, ist so eine, die nicht nur politisch, sondern auch philosophisch aufs Ganze geht.

Im dritten Abschnitt wird ein Aspekt ins Zentrum der theoretischen Bemühungen gerückt, der in zivilrepublikanischen Demokratietheorien eine eminente Rolle spielt: Mit der Überschrift *Demokratische Gesellschaft* wird nun nämlich noch einmal explizit hervorgehoben, dass Demokratie kein Phänomen ist, das sich auf rechtliche Regularien, normative Prinzipien oder institutionelle Zusammenhänge reduzieren lässt, sondern dass Demokratie die beiden Bereiche des Politischen und des Sozialen aufs Engste miteinander verwebt. Demokratietheorie ist so gesehen eine Gesellschaftstheorie, in der der Blick auf das Politische gerichtet wird, um die gesellschaftliche Instituierung politischer Institutionen zu verstehen.

Wie *Nabila Abbas* in ihrer Rekonstruktion der Entwicklung und der wesentlichen Themenbereiche von *Claude Leforts* herausstellt, ist diese demokratische Instituierung der Gesellschaft ein unvermeidlich konflikthafte Geschehen: De-

mokratie ist für Lefort eine zivilrepublikanisch getragene Weise des Selbstregierens von Gesellschaften, die nicht oder nicht länger über letzte Gewissheiten verfügen und deren Ort der Macht folgerichtig insofern leer ist, als es keineswegs auf der Hand liegt, wer ihn besetzen könnte. Das Ringen um die Einrichtung von Gesellschaft muss damit als ein Konflikt um den leeren Ort der Macht verstanden werden. Demokratie ist so gesehen nicht nur ein konflikthafte Geschehen, sondern ein fundamentaler Modus innerhalb von Gesellschaften, die gerade über keine Fundamente der Gewissheit verfügen.

Wim Weymans beleuchtet *Marcel Gauchets* Auseinandersetzung mit dem Problem der von Bürger_innen empfundenen Ohnmacht gegenüber krisenhaften Phänomenen innerhalb demokratischer Gesellschaften anhand seines sehr umfangreichen, in Deutschland bislang noch wenig wahrgenommenen Werks, das sich aufgrund seiner thematischen Bandbreite nicht allein auf politiktheoretisch relevantes Denken reduzieren lässt. Zwei Gründe führt Gauchet dafür an, dass vielen Bürger_innen demokratische Strukturen und Institutionen sowohl als ihrem alltäglichen Leben entrückt als auch undurchschaubar erscheinen: ungenügende Repräsentation und Mangel an Transparenz seitens des Staates. Im Zuge einer Erläuterung der historischen Entwicklung der Demokratie einschließlich ihrer Triumphe, aber auch ihrer Krisen, und anhand einer Theorie der kollektiven und individuellen Identitätskonstitution versucht Gauchet aufzudecken, inwiefern die Frustration der Bürger_innen möglicherweise einer (Selbst-)Täuschung anzulasten sei, die zu hohen Erwartungen an den demokratischen Staat entspringt. Der Anspruch an den Staat, die heterogenen Stimmen der Gesellschaft zu erhören und gleichzeitig diese aber soweit zu transzendieren, dass er als in sich geschlossener Akteur auftreten kann, fällt letztlich zurück auf die Handlungsfähigkeit und -bereitschaft der Bürger_innen als Gesellschaftsmitgliedern selbst.

In einem weiteren Beitrag widmet sich *Wim Weymans* ebenfalls einem Theoretiker, der Demokratie nicht in einem engen, rein auf das formale, rechtlich-politische System beschränkten Sinne, sondern explizit in einer weiter gefassten Bedeutung versteht: *Pierre Rosanvallon* begreift Demokratie ausdrücklich (auch) als Gesellschaftsform. Formale rechtliche Gleichheit stellt für Rosanvallon nicht schon die Lösung, sondern zunächst einmal ein Problem dar, nämlich das der Verknüpfung individueller und gesellschaftlicher Ausgestaltungspotentiale des durch formale Rechte vorgegebenen Raums. Stattdessen sollte Demokratie die zivilgesellschaftlichen Interessen und Handlungen mit einbeziehen. Diese Haltung zur Demokratie verkörpert Rosanvallon übrigens wie kaum ein anderer Intellektueller in seinem über das akademische Wirken hinausreichenden zivilgesellschaftlichen Engagement für einen öffentlichen Diskurs (z.B. in Form eines freien, mehrsprachigen Onlinejournals und einer Internetseite mit Buchbesprechungen für ein breiteres Publikum¹¹). Gleichwohl vermag *Wim Weymans* aufzuzeigen, dass Rosanvallons weit gefasster Demokratie-Begriff sich letztlich in bestimmter Hinsicht als nicht weit genug erweist: Seinen Ausführungen ist ein vereinseitigen-

11 Vgl. <http://www.booksandideas.net> bzw. <http://www.laviedesidees.fr>.

der normativer Impuls anzumerken, ausschließlich linksgerichtete Projekte als wahrhaft demokratisch anzuerkennen.

Im vierten Teil wendet sich unser Band unter dem Titel *Abschied und Kom-mendes* grundlegenden Fragen zu, die dann auftauchen, wenn, wie es bei den in diesem Abschnitt behandelten Positionen der Fall ist, danach gefragt wird, was nach Gesten der Verabschiedung kommt. Dieser Abschnitt zieht gewissermaßen auf eine freilich sehr eigentümliche Weise eine Summe. Die in ihm diskutierten Autoren werden vielfach mit Thesen des Abschieds und des Beendens assoziiert – die drei Beiträge dieses Abschieds zeigen allerdings auf unterschiedliche Weise, dass eine solche Sichtweise entschieden zu kurz greift.

Holger Zapf spürt in seinem Beitrag so etwas wie einer Demokratiethorie *Jean Baudrillards* nach, die auf den ersten Blick nicht ins Auge springt. Bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, dass Baudrillards Schriften, wenngleich nicht den Entwurf einer kohärenten Demokratiethorie, so doch zahlreiche überraschende und originelle Gesichtspunkte zu einer theoretischen Reflexion von Demokratie bereithalten. In jedem Fall wird deutlich, dass sich mit den Thesen der Simulation und des Spektakelhaften mitnichten ein Ende des Nachdenkens über Demokratie verbindet.

Nassima Sahraoui vollzieht *Jacques Derridas* Demokratiedenken vor dem Hintergrund seiner Überlegungen zur Gerechtigkeit einerseits und zur Zeitlichkeit und zum Messianismus andererseits nach. Dabei arbeitet sie heraus, dass die politische Theorie der Dekonstruktion keineswegs eine einfache Zersetzungsbe-wegung ist, die nachgängig auflöst, sondern dass die in ihr wirkende demokratische Kraft eine kritische Kraft des steten Überstiegs über gegebene Begriffe, Prinzipien und eben auch institutionelle Arrangements ist. Zudem tritt Derridas politische Philosophie als ein politisches Denken hervor, das trotz aller dekonstruktiven Be-wegungen den Faden zu Gegebenem nicht durchtrennt. Damit ist zugleich auch ein wesentlicher Zug von Demokratie herausgekehrt: Sie ist eine kritische Bewe-gung, die nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn sie in Frage stellt, ohne Zusam-menhänge und Bindungen zu durchschneiden.

Im letzten Beitrag erinnert *Artur R. Boelderl* in einer Erkundung des politi-schen Denkens von *Philippe Lacoue-Labarthe* und *Jean-Luc Nancy*, die den dis-kursiven Kontext miteinbezieht, nicht nur an die grundlegende Bedeutung, die der Frage nach dem Subjekt in der politischen Philosophie zukommt, sondern auch daran, dass eine dekonstruktive Subjektkritik nicht einfach darauf hinauslaufen kann, die Frage nach dem Subjekt fallen zu lassen. Sie muss vielmehr, wie sein Beitrag in zugleich vorsichtig und entschieden abtastenden Bewegungen zeigt, auf andere Weisen gestellt werden.

LITERATUR

Althusser, Louis, 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg/Berlin.

Angermüller, Johannes, 2007: Nach dem Strukturalismus. Theoriediskurs und intellektuelles Feld in Frankreich. Bielefeld.

- Balibar, Étienne*, 2012: Gleichfreiheit. Berlin.
- Castoriadis, Cornelius*, 1990: Gesellschaft als imaginäre Institution. Frankfurt a.M.
- Clastres, Pierre*, 2011: La Société contre l'État. Paris.
- Colliot-Thélène, Catherine*, 2011: Demokratie ohne Volk. Hamburg.
- Deleuze, Gilles*, 1990: Unterhandlungen. 1972-1990. Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel* 2004: Geschichte der Gouvernementalität. 2 Bde. Frankfurt a.M.
- Kammler, Clemens/Parr, Rolf/Schneider, Ulrich Johannes* (Hrsg.), 2014: Foucault-Handbuch: Leben – Werk – Wirkung. Stuttgart.
- Ruoff, Michael*, 2013: Foucault-Lexikon: Entwicklung – Kernbegriffe – Zusammenhänge. Stuttgart.

I. DIE FRAGE DES VOLKES

DIE DEMOKRATISCHE ÖFFNUNG DES STAATES

Zur Staatskritik und Demokratietheorie Étienne Balibars

Jochen Schwenk

1. EINLEITUNG

Der nachfolgende Beitrag wird sich mit der Staatskritik und Demokratietheorie Étienne Balibars befassen. Diesem Zuschnitt entsprechend werden vor allem die Arbeiten Balibars zum Themenkomplex Nationalismus, Rassismus und Staat sowie die verschiedenen Studien, die er der „égalité“ gewidmet hat, im Zentrum stehen.

Nach einer Vorbemerkung, die schlaglichtartig die Vorstellungen Balibars von Philosophie, des Sozialen und der Politik beleuchten soll (2), wird anhand seiner Arbeiten zunächst die aus Nationalismus, Klassengesellschaft, Kolonialismus und Rassismus erwachsene, historische Wirklichkeit des Staates rekonstruiert (3), um dann der anhaltenden, demokratischen Unruhe nachzuspüren, die ihr durch die „proposition de l'égalité“¹ mitgegeben ist (4). Ein letzter Abschnitt (5) wird die so gewonnenen Einsichten abschließend zusammenfassen.

2. PHILOSOPHIE, SOZIALES UND POLITIK BEI BALIBAR

Ein schneller Blick auf die von Étienne Balibar vorliegenden Schriften könnte dazu verleiten, zwischen ideengeschichtlichen und politischen Schriften² zu unterscheiden. Aus den ersteren heraus wären dann die Elemente der Staatskritik und Demokratietheorie Balibars zu entwickeln, während letztere allenfalls den Status theoretisch informierter Kommentare zum gegenwärtigen Geschehen hätten, die

1 *Balibar* 1990, S. 134.

2 Zu den theoretischen Schriften wären beispielsweise Arbeiten wie das gemeinsam mit Louis Althusser, Roger Establet, Pierre Macherey und Jacques Rancière verfasste „Lire Le Capital“ (*Althusser et al.* 2008), aber auch „Spinoza et la politique“ (*Balibar* 2013), „La philosophie de Marx“ (*Balibar* 2010) oder auch der Aufsatzband „Citoyen Sujet et autres essais d'anthropologie philosophique“ (*Balibar* 2011) zu zählen. Zu den politischen Schriften könnte dann das gemeinsam mit Immanuel Wallerstein verfasste „Race, nation, classe. Les identités ambiguës“ (*Balibar/ Wallerstein* 1988) wie auch die Aufsatzsammlungen „Les frontières de la démocratie“ (*Balibar* 1992) und die Monografie „Nous, citoyens d'Europe?“ (*Balibar* 2001) gerechnet werden. Lediglich die beiden Aufsatzsammlungen „La crainte des masses. Politique et philosophie avant et après Marx“ (*Balibar* 1997) sowie „La Proposition de l'Égalité“ (*Balibar* 2012) wären uneindeutig, weil sie Texte umfassen, die sowohl ideengeschichtliche wie auch aktuelle, politische Themen behandeln.